



Bundesamt für
Verfassungsschutz

Türkische Linksextremisten und ihre Organisationen in Deutschland



Türkische Linksextremisten und ihre Organisationen in Deutschland

Inhaltsverzeichnis

1	Überblick	5
2	„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ („Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi“, DHKP-C)	7
2.1	Gründung, Ideologie und Ziele	7
2.2	Terroristische Aktivitäten in der Türkei	10
2.3	Situation in Deutschland	14
2.4	Ausblick	18
3	„Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ („Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist“, TKP/ML)	19
3.1	Gründung, Ideologie und Ziele	19
3.2	Terroristische Aktivitäten in der Türkei	20
3.3	Situation in Deutschland	22
3.4	Ausblick	24
4	„Marxistische Leninistische Kommunistische Partei“ („Marksist-Leninist Komünist Partisi“, MLKP)	25
4.1	Gründung, Ideologie und Ziele	25
4.2	Terroristische Aktivitäten in der Türkei	27
4.3	Situation in Deutschland	28
4.4	Teilnahme an Kampfhandlungen in Syrien	29
4.5	Ausblick	30
5	Fazit	31
	Abkürzungsverzeichnis	33
	Impressum	36

1 Überblick

Türkische Staatsangehörige bilden derzeit die größte in Deutschland lebende Ausländergruppe. Von rund 8,7 Millionen ausländischen Mitbürgern sind knapp 1,5 Millionen türkische Staatsangehörige. Hinzu kommen rund 1,4 Millionen Personen mit türkischem Migrationshintergrund, die eingebürgert wurden oder als in Deutschland geborene Kinder türkischer Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft auch ohne Einbürgerungsantrag erhalten haben. Davon gehören etwa 2.550 Personen türkischen linksextremistischen Organisationen im Bundesgebiet an.

Überwiegend haben die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland feststellbaren linksextremistischen türkischen Gruppierungen ihre historischen Wurzeln in der Türkei. Ihre Ursprünge sind im Wesentlichen auf die in den 1960er und 1970er Jahren in der Türkei aufkommenden Spielarten des Marxismus-Leninismus, zuweilen auch des Maoismus zurückzuführen. Die Größenordnung, Aktivitäten und Bedeutung dieser linksextremistischen türkischen Gruppierungen fallen unterschiedlich aus.

Alle türkischen Linksextremisten verfolgen das gleiche Ziel: die Gesellschaftsordnung in der Türkei und die dortige politische Führung zu destabilisieren und letztlich zu überwinden. Die Agitation der türkischen Linksextremisten richtet sich daher insbesondere gegen das türkische Staats- und Verfassungssystem, gegen den Einfluss des türkischen Militärs und gegen die als „Oligarchie“ titulierte türkische Regierung. Einig sind sich alle linksextremistischen Vereinigungen aus der Türkei auch in ihrem Kampf gegen den „Imperialismus“. Unterschiedlich sind dagegen die Auffassungen, mit welchen Mitteln die angestrebten Ziele zu erreichen sind, ob beispielsweise mit Terroranschlägen im Heimatland Türkei, mit anderen militanten Aktionsformen oder mit friedlichen Aktionen.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland können türkische linksextremistische Organisationen die innere Sicherheit gefährden. Deutschland gilt für die meisten dieser Organisationen als sicherer Rückzugsraum. Von hier aus können sie ihre jeweiligen Heimatorganisationen propagandistisch, vor allem aber auch materiell und finanziell unterstützen.

Im Folgenden werden die relevantesten in Deutschland aktiven türkischen linksextremistischen Gruppierungen vorgestellt.

Lese-Tipp

Die mitgliederstärkste nichtislamistische extremistische Ausländerorganisation in Deutschland ist die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK). Informationen zu ihr gibt es in der gleichnamigen Broschüre des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Sie ist unter www.verfassungsschutz.de bestellbar und als Download abrufbar.

2 „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ („Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi“, DHKP-C)

2.1 Gründung, Ideologie und Ziele

Die marxistisch-leninistische „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) besteht in ihrer heutigen Form seit März 1994. Organisatorisch untergliedert sich die DHKP-C in einen politischen Arm, die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei“ (DHKP), und einen ihr nachgeordneten militärisch-propagandistischen Arm, die „Revolutionäre Volksbefreiungsfront“ (DHKC).

In Deutschland werden der DHKP-C etwa 650 Mitglieder beziehungsweise Anhänger zugerechnet. Sie unterliegt hierzulande seit 1998 einem Organisationsverbot. Die Europäische Union listet die DHKP-C seit 2002, die USA bereits seit 1997 als terroristische Organisation. Ungeachtet dessen propagiert die DHKP-C für die Türkei weiterhin den permanenten bewaffneten Kampf, der unter ihrer Führung zu einem „Volkskampf“ ausgeweitet werden soll.

Die DHKP-C-Vorläuferorganisation „Revolutionäre Linke“ (Dev Sol) wurde 1978 von dem inzwischen verstorbenen Dursun Karataş in der Türkei gegründet. Die Dev Sol ging aus einer Abspaltung der Organisation „Revolutionärer Weg“ hervor, welche ihren Ursprung in der kommunistischen „Türkischen Volksbefreiungspartei/-Front“ (THKP/-C) hatte.



Ziel der marxistisch-leninistisch ausgerichteten Dev Sol war es, das türkische Staatsgefüge durch eine bewaffnete Revolution

zu zerschlagen und ein sozialistisches Gesellschaftssystem zu errichten. Nach einer Serie von Straftaten, zu denen auch die gewaltsame Besetzung des türkischen Generalkonsulats 1982 in Köln gehörte, wurde die Dev Sol in Deutschland 1983 vom Bundesminister des Innern verboten.

Trotz des Verbots blieben die Anhänger der Dev Sol aktiv. Anfang der 1990er Jahre einsetzende Auseinandersetzungen innerhalb der Organisation führten schließlich zur Bildung zweier rivalisierender Fraktionen. Sie wurden nach ihren Führungskadern benannt: Karataş- und Yağan-Fraktion. Später erfolgte die endgültige Aufspaltung in zwei Organisationen. Seit einem im März 1994 im syrischen Damaskus durchgeführten Parteigründungskongress nennt sich die Karataş-Fraktion DHKP-C. Die Yağan-Fraktion bestand zunächst unter dem Namen „Türkische Volksbefreiungspartei/-Front-Revolutionäre Linke“ (THKP/-C-Devrimci Sol) fort.

In der Folgezeit kam es in Deutschland immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppierungen, welche ab Mitte 1996 auch unter Einsatz von Schusswaffen geführt wurden. Diese bis Anfang 1998 andauernden Kämpfe sowie eine Serie militanter Aktionen von DHKP-C-Anhängern gegen türkische Einrichtungen in Deutschland führten schließlich zum Verbot der DHKP-C als Ersatzorganisation der bereits zuvor verbotenen Dev Sol. Die gewaltsamen Aktionen in Deutschland haben sich seither nicht weiter fortgesetzt. Das ist im Wesentlichen auf eine (auf Europa bezogene) „Gewaltverzichtserklärung“ des DHKP-C-Gründers vom 12. Februar 1999 zurückzuführen, die bis heute Bestand hat.

Die Organisation finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, Spendengeldsammlungen – welche früher teilweise mit erpresserischen Methoden durchgeführt wurden – sowie durch Einnahmen aus Musikveranstaltungen. Funktionäre und Mitglieder der DHKP-C verhalten sich in Teilen konspirativ. So verwenden

sie beispielsweise Decknamen und wechseln häufig ihren Aufenthaltsort.

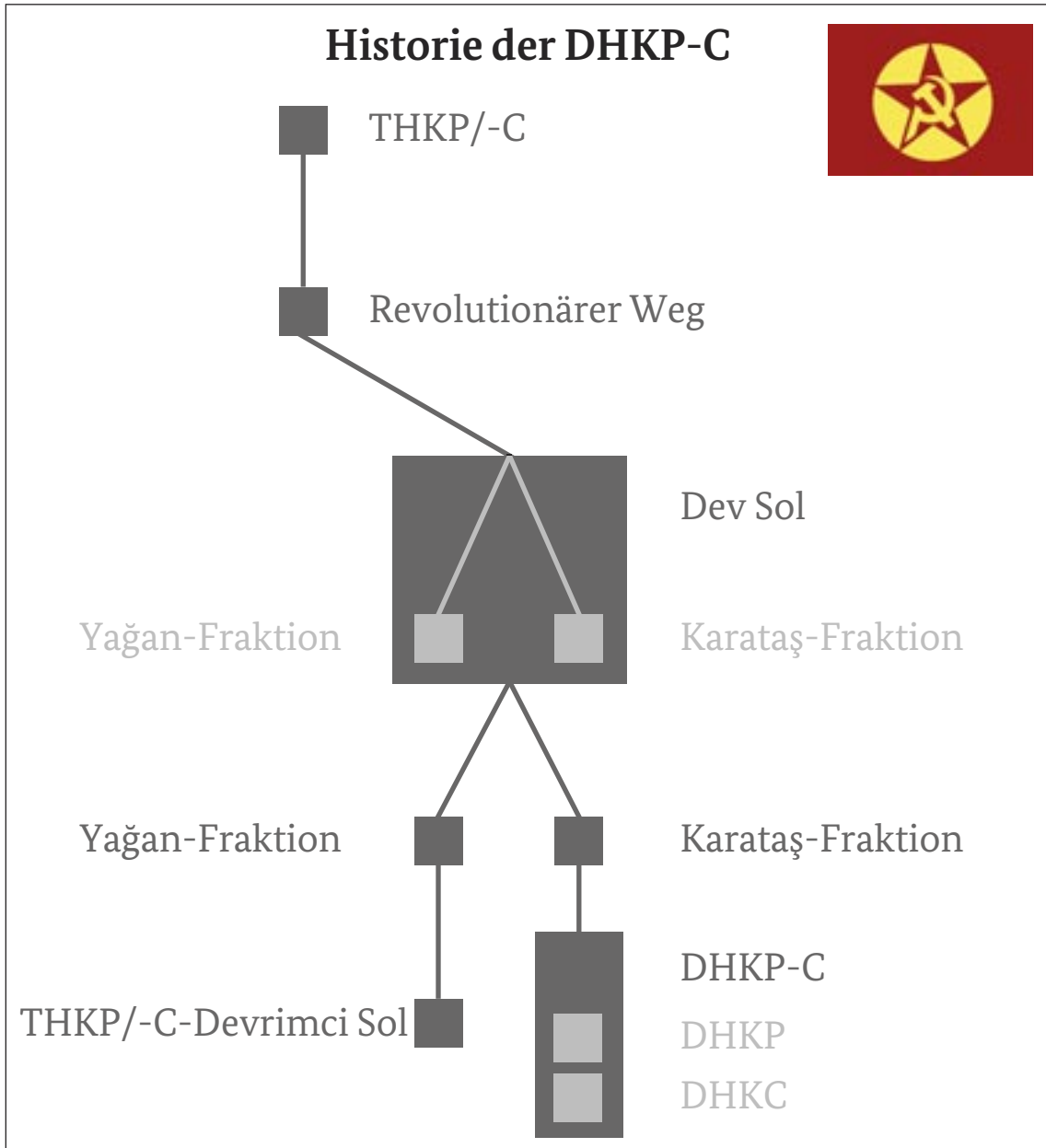
Seit ihrer Gründung tritt die DHKP-C unverändert für eine revolutionäre Zerschlagung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung in der Türkei ein und strebt die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus an. Das Programm der DHKP-C, das 1995 auch auf Deutsch herausgegeben wurde, basiert auf der Annahme, dass ausschließlich der „bewaffnete Volkskampf“ unter der Führung der DHKP-C beziehungsweise ihres militärischen Arms die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Türkei ändern kann. Die ideologische Grundhaltung zeigt sich nach wie vor unverändert:

„In der Welt des Jahres 2015, in der das marxistisch-leninistische Revolutionsverständnis aufgegeben wird und die Organisationen und Parteien, die den bewaffneten Kampf führen, bereit sind, sich mit den Imperialisten und ihren Helfershelfern vor Ort zu verständigen, sind wir die einzige Organisation, die den bewaffneten Kampf nach marxistisch-leninistischem Revolutionsverständnis, das für die Imperialisten eine Bedrohung darstellt, führt. [...] Die einzige Alternative für die Völker der Welt besteht im Sozialismus. Der einzige zum Sozialismus führende Weg ist der bewaffnete Kampf.“¹

In zahlreichen weiteren Veröffentlichungen betont die DHKP-C, dass sie sich in einem permanenten Kriegszustand gegen den „fascistischen“ und „oligarchischen“ türkischen „Unrechtsstaat“ sieht. Aus ihrer Perspektive ist der bewaffnete Kampf gegen staatliche türkische Institutionen die einzig mögliche und somit legale Form des Widerstandes. Als weiterer Hauptfeind gelten zudem die USA. Aus Sicht der Organisation dominiert der „US-Imperialismus“ nicht nur die Türkei in politischer, wirtschaft-

1 Quelle: Bulletin der DHKP Nr. 48 vom 30. März 2015.

licher und vor allem militärischer Hinsicht, er ist auch die Hauptursache für die aktuellen Verhältnisse und Auseinandersetzungen im Nahen und Mittleren Osten.



2.2 Terroristische Aktivitäten in der Türkei

Entsprechend ihrer Programmatik führt die DHKP-C in der Türkei immer wieder terroristische Aktionen durch. Ziele sind vor allem staatliche türkische Einrichtungen sowie Angehörige und Gebäude der türkischen Sicherheitsbehörden, der Armee, der Justiz und der regierenden „Partei für Gerechtigkeit und

Aufschwung“ (AKP). Daneben richten sich ihre Aktionen auch gegen US-amerikanische Einrichtungen in der Türkei.

Bei der Ausführung von Anschlägen auf Einrichtungen und Personen in der Türkei setzte die DHKP-C in der Vergangenheit immer wieder Selbstmordattentäter, sogenannte Aufopferungskommandos, ein. Die DHKP-C beziehungsweise ihr militärisch-propagandistischer Arm bekennt sich grundsätzlich zu ihren Anschlägen und verbindet das Bekenntnis in der Regel mit der Androhung weiterer Aktionen. Zivile Opfer sollen ausdrücklich vermieden werden, sind aber dennoch zu beklagen. Dementsprechend kommentierte die Organisation im Jahr 2004 die verfrühte Explosion eines in einem vollbesetzten Liniensbus in Istanbul transportierten Sprengsatzes, bei der eine DHKP-C-Aktivistin und drei weitere Menschen getötet wurden, mit den Worten:

„Es sind Menschen vom Volk umgekommen. Wir tragen die Verantwortung. Wir akzeptieren unsere Schuld und bitten unser Volk um Entschuldigung.“

Im Juni 2012 begann eine neue Anschlagsoffensive der DHKP-C in der Türkei, die sich zunächst ausschließlich gegen Einrichtungen und Angehörige der Polizei richtete. In Verlautbarungen rechtfertigte die Organisation die Taten als Vergeltungsaktionen für den Tod von Aktivisten durch türkische Sicherheitskräfte. Später richteten sich die Aktionen aber auch gegen andere türkische und US-amerikanische Einrichtungen und Personen:

- Am 1. Februar 2013 führte die DHKP-C in Ankara einen Selbstmordanschlag mittels einer Sprengstoffexplosion in einem Eingangsgebäude zum US-amerikanischen Botschaftsgelände durch, bei dem ein Wachmann und der Attentäter getötet wurden. Der Attentäter hatte sich zuvor mehrere Jahre in Deutschland aufgehalten und war aktives DHKP-C-Mitglied.



- Im Laufe des Jahres 2015 wurden mehrere bewaffnete Angriffe auf Polizisten, Polizeidienststellen, türkische Regierungsgebäude und das US-amerikanische Generalkonsulat in Istanbul verübt. Zum Beispiel drangen am 31. März 2015 zwei DHKP-C-Kämpfer in das Justizgebäude in Istanbul ein und nahmen einen Staatsanwalt als Geisel. Bei der Erstürmung seines Büros durch die Polizei wurden beide Attentäter getötet. Der Staatsanwalt erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen. Er hatte die Ermittlungen im Todesfall Berkin Elvan geleitet. Der Jugendliche Elvan war bei Protesten gegen die türkische Regierung im Juni 2013 in Istanbul von einer Tränengasgranate der Polizei lebensgefährlich verletzt worden und erlag neun Monate später seinen Verletzungen.
- Im Jahr 2016 scheint es der DHKP-C gelungen zu sein, auch im ländlichen Bereich eine bewaffnete Guerillaeinheit aufzubauen, nachdem sie in den Jahren davor fast ausschließlich in den Großstädten Istanbul und Ankara aktiv war. Beispielsweise übernahm die DHKP-C die Verantwortung für einen Anschlag in der türkischen Stadt Diyarbakır (Provinz Diyarbakır), die überwiegend von Kurden bewohnt ist. Dort hatte am 5. Oktober 2016 ein Mitglied der „DHKP-C-Landguerilla“ mit einer Pistole auf ein gepanzertes Polizeifahrzeug gefeuert und dabei einen Polizisten leicht verletzt.
- Am 20. Januar 2017 griffen zwei Kämpfer der DHKP-C das Polizeihauptquartier in Istanbul und wenig später ein Büro der Regierungspartei AKP mit einem Raketenwerfer an. Da die Geschosse nicht explodierten, wurde niemand verletzt. Einer der Täter wurde später erschossen, ein weiterer verletzt und festgenommen.

Die verschärften Sicherheitsmaßnahmen nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei am 15. Juli 2016 führten im Vergleich zu den Vorjahren zu einem deutlichen Rückgang von Anschlägen der DHKP-C. Die Notwendigkeit terroristischer Gewalt in der Türkei propagiert die Organisation allerdings unverändert fort.

2.3 Situation in Deutschland

In Deutschland tritt die DHKP-C derzeit ausschließlich durch politisch-propagandistische Aktionen und Veröffentlichungen in Erscheinung. Aufgrund des Organisationsverbotes verwendet sie dabei allerdings nicht mehr ihre eigentliche Bezeichnung; Aktivitäten werden vielmehr im Namen der Tarnorganisation „Anatolische Föderation“ oder unter Tarnbezeichnungen wie „Volksfront“ (türkisch: „Halk Cephesi“) durchgeführt. Letztere ist die Kurzform für die eigentliche Organisationsbezeichnung der DHKP-C „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (türkisch: „Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi“) und wird von der DHKP-C oft als Eigenbezeichnung verwendet.

Schwerpunkte der politisch-propagandistischen Aktionen stellen insbesondere organisationsbezogene Gedenktage dar. Beispiele hierfür sind der Tag der Parteigründung (30. März 1994), die Gefängnisrevolte von in der Türkei inhaftierten DHKP-C-Mitgliedern (19. bis 22. Dezember 2000) sowie das alljährlich im April mit einer europaweiten Veranstaltung stattfindende Gedenken an die „gefallenen Kämpfer“ der Organisation, die als „Märtyrer“ idealisiert werden.

Die DHKP-C betrachtet Deutschland zwar als „Ruheraum“, zeigt mit ihren hierzulande durchgeführten Gedenkveranstaltungen für ihre „Märtyrer“ jedoch, dass auch die in Deutschland lebenden Anhänger die Linie der Gesamtpartei, einschließlich der terroristischen Option, mittragen. Die Betonung der Vorbildfunktion der „Revolutionsmärtyrer“ deutet darauf hin, dass

die DHKP-C auch Deutschland beziehungsweise Europa als Rekrutierungsbasis für potenzielle Attentäter betrachtet.

Darüber hinaus bilden die der DHKP-C angehörigen „politischen Gefangenen“ in Deutschland und die aus Sicht der Organisation unberechtigten Verfolgungsmaßnahmen des „faschistischen“ deutschen Staates gegenüber „Immigranten“ weitere Propagandaschwerpunkte. Regelmäßig führen Anhänger der DHKP-C in Deutschland Kampagnen mit Unterstützungsaktionen für die „Revolutionären Gefangenen“ in deutschen oder ausländischen Haftanstalten durch. Im Namen der „Anatolischen Föderation“ werden zu diesem Themenkomplex Kundgebungen und Flugblattaktionen veranstaltet.

Neben den wiederkehrenden Gedenktagen bestimmen immer wieder aktuelle Ereignisse in der Türkei Umfang und Zielrichtung der Aktivitäten der DHKP-C in Deutschland. Insbesondere deren militante Aktionen und Attentate in der Türkei stoßen auf große Resonanz und werden seitens der Organisation als wichtiges Propagandamittel zur Stärkung des Zusammenhalts und der Motivation ihrer Unterstützer verwendet.

Seit 2012 organisieren Aktivisten der DHKP-C in Deutschland Großveranstaltungen mit der türkischen Musikgruppe „Grup Yorum“, die selbst ebenfalls der Organisation zuzurechnen ist. Beispielsweise fanden im November 2015 und Juni 2017 Konzertveranstaltungen mit jeweils rund 5.000 beziehungsweise 2.000 Besuchern statt.

Steckbrief: „Grup Yorum“

Die „Grup Yorum“ wurde 1985 in Istanbul gegründet. Sie stellt sich selbst als „Stimme der Völker Anatoliens“ dar, als „unverzichtbarer Name im Kampf für Rechte und Freiheiten“, als Gruppe, die ein „revolutionär-sozialistisches Musikverständnis“ pflegt. Ihre Mitglieder beteiligen sich regelmäßig an DHKP-C-Protestaktionen in der Türkei. Die thematischen und personellen Beziehungen sowie die ideologische Nähe zur DHKP-C sind seit der Gründung der Band offensichtlich. Aufgrund der Popularität der Musiker und des als Motto gewählten Themas „Rassismus“ gelingt es der DHKP-C, für die Konzertveranstaltungen einen Personenkreis zu mobilisieren, der weit über die eigene Anhängerschaft der Organisation hinausgeht. Anlässlich der Konzerte wird den Besuchern – neben der Darbietung von Liedern, der Verbreitung allgemeinpolitischer Aussagen und weiteren kulturellen Aktivitäten – insbesondere die Ideologie der DHKP-C nähergebracht. Vielfach werden offene Parolen der Vereinigung skandiert, Bilder des Parteigründers gezeigt, der Gefallenen der DHKP-C gedacht und in einzelnen Fällen auch Transparente mit Emblemen der DHKP-C gezeigt. Damit tragen die Mitglieder der „Grup Yorum“ mit ihren Konzerten propagandistisch, aber auch finanziell nicht unerheblich zum organisatorischen Zusammenhalt der DHKP-C bei.

Bei den Konzerten der „Grup Yorum“ wird seitens der Organisation auch auf die Unterstützung deutscher linksextremistischer Parteien, etwa der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) oder der „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD), zurückgegriffen. Darüber hinaus bestehen weitere Verbindungen der DHKP-C zum deutschen Linksextremismus. So wurden Themen der DHKP-C in Artikeln aufgegriffen, die auf der mittlerweile verbotenen² linksextremistischen Internetplattform „linksunten.indymedia“ veröffentlicht worden sind.

Ihre Ideologie und Propaganda verbreitet die DHKP-C auf verschiedenen Websites und in sozialen Netzwerken. Zudem gibt sie Bücher, Broschüren sowie mehrere regelmäßig erscheinende Publikationen heraus. Darunter befindet sich zum Beispiel die Wochenzeitschrift „Yürüyüş“ (deutsch: „Marsch“), die in Deutschland verboten ist und dennoch illegal vertrieben wird.



Seit dem Verbot der DHKP-C in Deutschland wurden mehr als 60 Funktionäre und Aktivisten zu teils langjährigen Haftstrafen verurteilt. Ein schwerer Schlag für die DHKP-C in Deutschland und Europa war außerdem die Festnahme ihres mutmaßlichen Europaleiters am 2. Dezember 2016 in Hamburg. Er galt seit Jahren als Führungsperson der Organisation in Westeuropa, der sogenannten Rückfront für den bewaffneten Kampf in der Türkei. Der Festgenommene wurde in Deutschland seit Juni 2013 wegen des dringenden Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland mit Haftbefehl der Generalbundesanwaltschaft gesucht. Die USA beschuldigen ihn, Drahtzieher des Selbstmordanschlags auf die US-amerikanische Botschaft in Ankara am 1. Februar 2013 gewesen zu sein.

Die Verhaftung ihres mutmaßlichen Europaleiters hat die DHKP-C auf dem „langen Marsch“, der vom 31. Dezember 2016 bis 18. März 2017 mit Kundgebungen in verschiedenen deutschen Städten und im benachbarten Ausland durchgeführt wurde, unter dem Motto „Revolutionär zu sein ist kein Verbrechen“ thematisiert. Diese Parole wurde von Aktivisten der DHKP-C auch bei den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 aufgegriffen.

2.4 Ausblick

Nach dem Organisationsverbot der DHKP-C im Jahr 1998 war zunächst eine Verlagerung ihrer Aktivitäten in die Nachbarländer Deutschlands zu beobachten. Versammlungen und Kulturbeziehungsweise Parteiveranstaltungen wurden beispielsweise in die Niederlande und nach Belgien verlegt. Dennoch bleibt Deutschland das nach der Türkei wichtigste Betätigungsfeld der DHKP-C im europäischen Raum.

Aktuelle Hinweise bezüglich einer Aufhebung der „Gewaltverzichtserklärung für Europa“ aus dem Jahr 1999 gibt es trotz des fortgesetzten staatlichen Verfolgungsdrucks nicht.

In der Türkei allerdings werden auch in Zukunft Angehörige und Objekte türkischer staatlicher Stellen sowie US-amerikanische Einrichtungen potenzielle Anschlagziele der Organisation sein. Für die Durchführung solcher Anschläge kommt den Strukturen der DHKP-C in Westeuropa und insbesondere Deutschland als Rückzugsraum und logistische Versorgungsbasis eine besondere Bedeutung zu.

3 „Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten“ („Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist“, TKP/ML)

3.1 Gründung, Ideologie und Ziele

Die „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML) wurde im April 1972 in der Türkei von Ibrahim Kaypakkaya gegründet, der ein Jahr später in einer türkischen Haftanstalt verstarb. Vorläufer der TKP/ML waren die marxistisch-leninistische „Kommunistische Partei der Türkei“ (TKP) und die maoistische „Revolutionäre Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei“ (TİİKP). Ziel der als kommunistische Kaderorganisation organisierten TKP/ML ist die Beseitigung des türkischen Staatsgefüges.

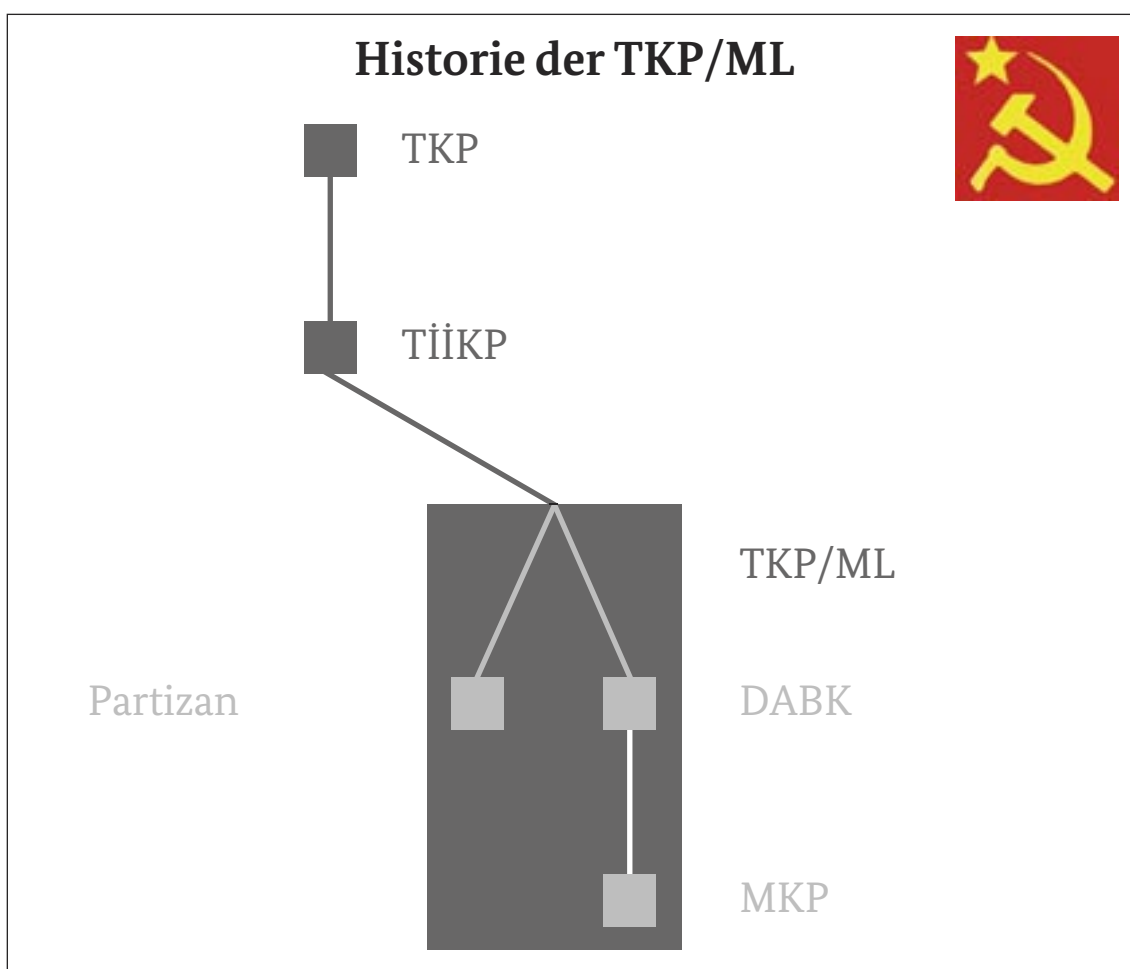
Aufgrund erheblicher Differenzen zwischen den Funktionären spaltete sich im Jahr 1994 eine Fraktion von der TKP/ML ab, die sich zunächst „Ostanatolisches Gebietskomitee“ (DABK) nannte und infolge weiterer interner Auseinandersetzungen um die Jahreswende 2002/2003 in der neuen „Maoistischen Kommunistischen Partei“ (MKP) aufging.

Die nach der Spaltung 1994 verbleibende Fraktion der TKP/ML wurde fortan als „Partizan“ bezeichnet. Beide Flügel haben die ideologische Ausrichtung und Zielsetzung der Mutterpartei übernommen und erheben jeweils den Anspruch, deren eigentliche Nachfolge angetreten zu haben. Trotz der daraus resultierenden Rivalität herrscht zwischen ihnen ein Status friedlicher Koexistenz.

Ideologisch sind beide Flügel fest im Fundament des Marxismus-Leninismus verankert, folgen dabei aber einer maoistischen Linie. Gewalt ist ein akzeptiertes und praktiziertes Mittel im politischen Kampf. Ziel dieses bewaffneten Kampfes gegen den türkischen Staat war und ist der revolutionäre Umsturz des politischen Systems in der Türkei und die Schaffung eines

„demokratischen Volksstaates“ unter Führung des Proletariats. Die im Verlauf der vielfältigen bewaffneten Auseinandersetzungen getöteten TKP/ML-Angehörigen werden bis heute als „Märtyrer“ und Vorbilder verehrt.

In Deutschland liegt die Zahl der Mitglieder/Anhänger der TKP/ML seit Jahren stabil bei rund 1.300 Personen. Davon entfallen etwa 800 Personen auf den „Partizan“-Flügel und etwa 500 auf die MKP.



3.2 Terroristische Aktivitäten in der Türkei

Beide Flügel der TKP/ML propagieren einen nach maoistischem Vorbild geführten bewaffneten „Volkskrieg“. Mit dessen Hilfe soll eine „demokratische Volksrevolution“ herbeigeführt werden, um eine kommunistische Gesellschaftsordnung in der Türkei zu etablieren.

In der Türkei unterhält der „Partizan“-Flügel mit der „Türkischen Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee“ (TİKKO) eine „bewaffnete Frontorganisation“ und mit dem „Marxistisch-Leninistischen Jugendbund in der Türkei“ (TMLGB) eine eigene Jugendorganisation. Als Guerillagruppen der MKP fungieren in der Türkei die „Volksbefreiungsarmee“ (HKO) sowie die „Partisanen Volkskräfte“ (PHG).

Im Juni 2005 wurden im Rahmen eines in der Türkei geplanten Parteikongresses 17 Funktionäre der MKP bei einem Feuergefecht mit der türkischen Armee getötet. Den Tod ihrer Gesinnungsgenossen bezeichneten sowohl die MKP als auch der „Partizan“-Flügel als einen Angriff, der mit einem fortwährenden „Volkskrieg“ beantwortet werden müsse.

Dieser „Volkskrieg“ setzt sich bis heute fort: Die bewaffneten Teilorganisationen der TKP/ML verüben in der Türkei immer wieder Gewaltaktionen, welche in erster Linie polizeiliche und militärische Einrichtungen zum Ziel haben. Ein Beispiel ist der Brandanschlag der TİKKO am 9. Februar 2016 auf das Parteibüro der regierenden AKP in Pendik (Provinz Istanbul). Nach eigenem Bekunden wollten Aktivisten der TİKKO mit diesem Anschlag vor allem gegen Maßnahmen des türkischen Staates im „türkischen Kurdistan“ protestieren. In einer einschlägigen Erklärung dazu hieß es:

„Wir sind das Volk [...]. Wir werden als Nachfolger von Kaypakkaya den Widerstand gegen die Angriffe auf die kurdische Nation weiter intensivieren und weiterhin Einrichtungen der faschistischen Republik Türkei sowie die ihres Werkzeugs, der AKP-Regierung, als Angriffsziel nehmen.“

Da beide Flügel der TKP/ML dem Zusammenschluss der „Ver-einten Revolutionären Bewegung der Völker“ (HBDH) angehören, müssen auch deren Anschläge der TKP/ML zugeschrieben werden: zum Beispiel ein Terroranschlag auf eine Militärein-

richtung in Caldag (Provinz Giresun) am 7. Mai 2016, bei dem ein Soldat ums Leben kam. Zu diesem hat sich die HBDH gemäß türkischen Presseberichten bekannt. Die deutsche linksextremistische Tageszeitung „junge Welt“ berichtete zudem über einen Hinterhalt der HBDH im Gebiet der Provinzen Trabzon und Gümüşhane, bei dem im Juni 2016 sechs Soldaten gestorben sein sollen.

Zur Info: „Vereinte Revolutionäre Bewegung der Völker“

Der Zusammenschluss der „Vereinten Revolutionären Bewegung der Völker“ (HBDH) wurde am 12. März 2016 unter Führung der PKK gegründet. In der Gründungserklärung benannten die beteiligten Organisationen (zum Beispiel auch die TKP/ML oder MLKP) als Ziel ihrer Politik eine Stärkung der Revolution, um *„die faschistische kollaborierende AKP und das unterdrückende System der türkischen Republik an allen Fronten durch den bewaffneten Kampf und mit allen anderen Mitteln zu schlagen“*. Die Zerstörung der als „faschistisch“ angesehenen AKP und ihrer öffentlichen Unterstützung wird dabei als unvermeidlich angesehen.

Die TIKKO hatte sich darüber hinaus für weitere Anschläge ihrer Guerillakämpfer am 1. Juni 2017 auf einen Stützpunkt des Militärs bei Aliboğazi (Provinz Tunceli) verantwortlich erklärt, bei denen drei Soldaten getötet worden sein sollen. Diese Angriffe seien mutmaßlich im Gedenken an zwölf zwischen dem 24. und 28. November 2016 getötete Guerillakämpfer der TKP/ML beziehungsweise TIKKO und einen kürzlich gefallenen Guerillakämpfer der „Volksverteidigungskräfte“ (HPG) erfolgt.

3.3 Situation in Deutschland

In Deutschland verhalten sich sowohl der „Partizan“-Flügel als auch die MKP und deren Anhänger seit Ende der 1990er Jahre gewaltfrei. Ihre Agitation richtet sich in erster Linie gegen die

türkische Regierung und wird weitgehend von politischen Vorgängen in der Türkei bestimmt. Nur teilweise werden auch innerdeutsche und weltpolitische Ereignisse aufgegriffen.

Beide Flügel der TKP/ML entfalten nur wenige Aktivitäten unter der Bezeichnung der Partei. Vielmehr agieren sie hierzulande getrennt voneinander und in der Regel über ihre Tarn- und Nebenorganisationen:

- Zu diesen zählen für den „Partizan“-Flügel die „Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa“ (ATİK), die „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.“ (ATİF), die Jugendorganisation „Neue Demokratische Jugend“ (YDG) und die Frauenkommission „Neue Frau“.
- Für die MKP handeln die Tarnorganisationen „Konföderation für demokratische Rechte in Europa“ (ADHK), die „Föderation für demokratische Rechte in Deutschland e. V.“ (ADHF) sowie die Jugendorganisation „Socialist Youth Movement“ (SYM) – bis zur Umbenennung im März 2016 war letztere unter der Bezeichnung „Demokratische Jugendbewegung in Europa“ (ADGH) bekannt.

Die Tarnorganisationen der TKP/ML beschränken sich hierzulande im Wesentlichen auf die Werbung neuer Mitglieder und auf die Realisierung propagandistischer Aktionen. Jährliche Großereignisse sind die von beiden Flügeln getrennt voneinander durchgeführten Gedenkveranstaltungen zu Ehren des Parteigründers Kaypakkaya. Zur Unterstützung der Mutterpartei in der Türkei werden zudem jährliche Spendenkampagnen initiiert. Daneben sind weitere Einnahmequellen Erträge aus Veranstaltungen und Erlöse aus dem Verkauf von Publikationen.

Punktuell findet auch eine Zusammenarbeit mit deutschen Linksextremisten statt, beispielsweise bei organisationsübergreifenden Protesten gegen „Rassismus“ und „Imperialismus“,



zu aktuellen Ereignissen wie Protesten gegen den G20-Gipfel im Juli 2017 oder bei der jährlichen „LLL-Demo“ in Berlin zu Ehren der kommunistischen Führer Lenin, Liebknecht und Luxemburg.

Im April 2015 und im März 2016 wurden in Deutschland und dem europäischen Ausland insgesamt zwölf Haftbefehle des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof vollstreckt. Gegen zehn der Inhaftierten wurde Anklage erhoben. Sie werden beschuldigt, sich als Mitglieder beziehungsweise in einem Fall als Rädelsführer an der ausländischen terroristischen Vereinigung TKP/ML beteiligt zu haben. Seit der Inhaftierung initiieren die TKP/ML-Vereine Solidaritäts- und Protestaktionen und veröffentlichten Beiträge in eigenen Publikationen sowie im Internet. Zwei der Angeklagten kandidierten bei der Bundestagswahl 2017 auf der Internationalistischen Liste der MLPD.

3.4 Ausblick

Die TKP/ML strebt unverändert einen gewaltsamen Umsturz in der Türkei an. Vor diesem Hintergrund werden dort voraussichtlich auch in Zukunft Anschläge verübt werden.

Von Deutschland aus propagieren beide Flügel der Organisation nach wie vor den „Volkskrieg“ in der Türkei. Aufgrund der ideologischen und finanziellen Unterstützung der Partei in der Türkei müssen sich die hierzulande tätigen Gruppierungen deren Ziele zurechnen lassen. Aufrufe zur Anwendung von Gewalt beziehungsweise die Durchführung von Gewaltaktionen in Deutschland sind jedoch nicht bekannt. Ebenso liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass sich diese Praxis in Zukunft ändern könnte. Vielmehr wird Deutschland auch zukünftig als Aktionsraum für Propagandaaktivitäten sowie zur Sammlung von Spendengeldern genutzt werden.

4 „Marxistische Leninistische Kommunistische Partei“ („Marxist-Leninist Komünist Partisi“, MLKP)

4.1 Gründung, Ideologie und Ziele

Die „Marxistische Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP) wurde 1994 in der Türkei durch einen Zusammenschluss der „Kommunistischen Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistische Bewegung“ (TKP/ML-H) und der „Türkischen Kommunistischen Arbeiterbewegung“ (TKIH) gegründet. Ihr Ziel ist die gewaltsame Zerschlagung der staatlichen Ordnung in der Türkei sowie nach einer Übergangsphase der Diktatur des Proletariats die Errichtung eines kommunistischen Gesellschaftssystems. Die MLKP versteht sich als politische Vorhut des Proletariats der türkischen und kurdischen Nation. Ideologisch beruft sie sich auf die Theorien von Marx und Engels. Für den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus sieht sie es als gerechtfertigt an, „alle Mittel und Formen des Kampfes“ anzuwenden.

Als Publikationen sind die wöchentlich erscheinende „Atilim“ (deutsch: „Vorstoß“), das monatlich erscheinende „Internationale Bulletin der MLKP“ sowie die zweimonatlich erscheinende „Partinin Sesi“ (deutsch: „Stimme der Partei“) bekannt.

Nach eigenen Angaben ist die MLKP im Untergrund tätig und in der Basis in Zellen organisiert. Geleitet wird sie durch eine Funktionärsgruppe, das sogenannte Zentralkomitee.

In Deutschland verfügt die MLKP über etwa 600 Unterstützer. Für ihre Tätigkeit bedient sie sich mehrerer Umfeldorganisationen, deren Agitation in politisch-ideologischer Hinsicht denen der MLKP ähneln. Dazu zählt insbesondere der europäische Dachverband „Konföderation der unterdrückten Immigranten in Europa“ (AvEG-KON) mit dem deutschen Mitglied „Föderation der ArbeitsimmigrantInnen aus der Türkei in Deutschland



e. V.“ (AGIF). Mit der AGIF verfügt die MLKP über einen Dachverband in Deutschland, der für seine Mitgliedsvereine publizistisch tätig ist und sie logistisch unterstützt.

Eine weitere Gruppierung ist die Frauenorganisation „Bund Sozialistischer Frauen“ (SKB), deren Zielgruppe Migrantinnen aus der Türkei und „Nordkurdistan“ sind. In seiner Gründungserklärung vom 9. Oktober 2010 definiert sich der SKB als autonome Organisation, die innerhalb der AvEG-Kon agiert und ihre Arbeit frei und unabhängig plant, beschließt und durchführt. Ihr Bestreben ist es, die passive Stellung der Frau im sozialen, politischen und kulturellen Leben zu beenden.

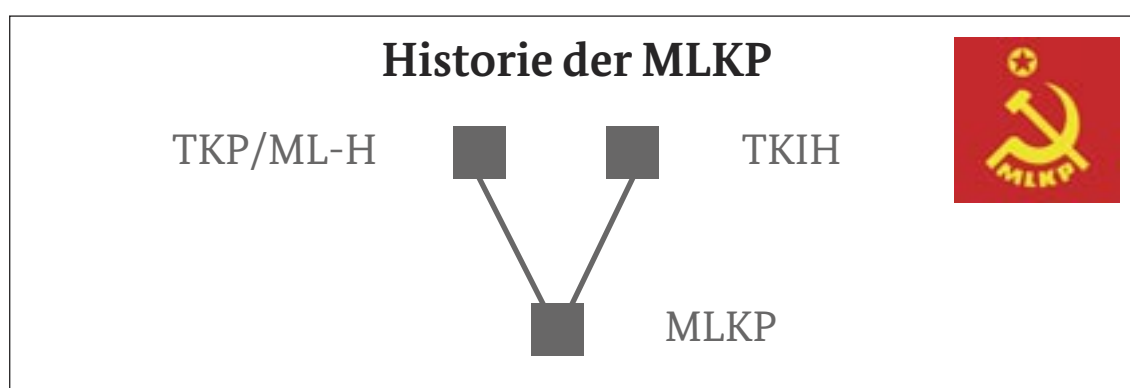
In das Organisationsgeflecht reiht sich auch die Mitte der 1990er Jahre gegründete „Kommunistische Jugendorganisation“ (KGÖ) ein, die sich selbst als kommunistische Massenorganisation der MLKP bezeichnet. Diese sieht es als ihre Aufgabe an, *„die Partei überall und in allen Bereichen zu unterstützen und die Politik der Partei auf die Besonderheiten der Jugend anzuwenden und unter den Jugendmassen zu verbreiten“*.

Im September 2010 wurde ein Dachverband aller MLKP-Jugendorganisationen in Europa unter dem Namen „Young Struggle“ (YS) gebildet. An dem Gründungskongress nahmen etwa 60 Jugendliche aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Österreich und der Schweiz teil. Ziel des YS ist es, die Massen für Veränderungen zu gewinnen und die Jugend auf die an-

stehenden Kämpfe gegen das „kapitalistische System“ vorzubereiten. Der in Deutschland überwiegend in westlichen Großstädten (Duisburg, Köln, Heidelberg, Mannheim, Ulm, Stuttgart) aktive YS betrachtet sich als „Miliz“ der MLKP und vergleicht sich mit der deutschen „Roten Armee Fraktion“ (RAF). Das gleichnamige Publikationsorgan „Young Struggle“ erscheint monatlich.

YS beschreibt sich in einem auf seiner Website veröffentlichten Selbstverständnis als eine Gruppe Jugendlicher, die ihre Praxis an der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes ausrichte. Themenfelder seien vor allem „Antifaschismus“, „Antirepression“, „Frauenkampf“, „Antikapitalismus“, „Antiimperialismus“ und „Internationalismus“:

„Wir sehen Young Struggle als ein Mittel Jugendliche zu politisieren und ihr Bewusstsein für die Widersprüche und Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft zu erweitern. [...] Da wir nur gemeinsam einen starken Widerstand gegen Kapitalismus organisieren können, rufen wir alle solidarischen Jugendlichen auf mit uns zu kämpfen für eine lebenswertere Zukunft. In diesem Sinne: Einen Finger kann man brechen, doch fünf Finger sind eine Faust!“



4.2 Terroristische Aktivitäten in der Türkei

Die MLKP legitimiert Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele. So bekannte sich die Organisation in den letzten Jahren zu diversen Bombenanschlägen im Heimatland Türkei. Ziele waren

beispielsweise Gebäude der Regierungspartei AKP und der nationalistischen Oppositionspartei „Partei der nationalistischen Bewegung“ (MHP), staatliche Einrichtungen wie Justizgebäude, ein Einwohnermeldeamt und zahlreiche Polizeipräsidien.

Die der MLKP angeschlossenen „Bewaffneten Kräfte der Armen und Unterdrückten“ (FESK) bekannten sich zum Beispiel zu einem Bombenanschlag auf ein Einsatzfahrzeug der Polizei in Mersin (Provinz Mersin) am 3. April 2017. Bei dem Anschlag seien zwei Polizisten verletzt worden.

Des Weiteren veröffentlichte das Zentralkomitee der MLKP am 16. November 2017 eine Meldung, in der die Erschießung eines Partei-Angehörigen im September 2017 in Ovacık (Provinz Tunceli) als Bestrafung für die angebliche Zusammenarbeit „mit dem faschistischen und ausbeutenden Feind“ gerechtfertigt wurde.

4.3 Situation in Deutschland

Die Aktivitäten der MLKP und ihrer Umfeldorganisationen beschränken sich hierzulande auf die Rekrutierung neuer Mitglieder, die Sammlung von Spendengeldern für den Kampf in der Türkei und die propagandistische Kommentierung aktueller politischer Themen. Hierzu zählten in der Vergangenheit zum Beispiel die türkisch-kurdischen Friedensverhandlungen, die Proteste in der Türkei in Bezug auf den Gezi-Park und die Unruhen am Taksim-Platz in Istanbul sowie seit 2014 auch der syrisch-kurdische Kampf in „Rojava“.

Was steht hinter „Rojava“?

Mit „Rojava“ oder auch „Westkurdistan“ werden die vorwiegend von Kurden bewohnten nördlichen und östlichen Gebiete in Syrien bezeichnet. „Rojava“ gilt als symbolträchtiges Aushängeschild kurdischer Autonomie in Nordsyrien.

Mitglieder der Jugendorganisation YS engagierten sich in der Vergangenheit immer wieder innerhalb der deutschen linksextremistischen Szene. Vorherrschend waren hierbei insbesondere die Themenkomplexe „Antifaschismus“ und „Antiimperialismus“ sowie diverse Bündniskonstellationen. Beispielhaft hierfür sind die Einweihung der neuen Zentrale der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main und die Proteste gegen den G7-Gipfel im bayerischen Elmau im Jahr 2015, bei denen es zu Angriffen auf Polizeibeamte, Sachbeschädigungen und Brandstiftungen kam. An den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 war YS ebenfalls aktiv beteiligt. Im Weiteren nahmen YS-Angehörige an den jährlichen stattfindenden „LLL-Demos“ in Berlin und innerhalb des Antifa-Blocks an den 1. Mai-Demonstrationen teil.

4.4 Teilnahme an Kampfhandlungen in Syrien

Seit 2014 ruft die MLKP ihre Mitglieder beziehungsweise Anhänger auf, sich als „Kämpfer“ auf Seiten der Kurden in Syrien zu beteiligen. In einer Bekanntmachung des Zentralkomitees der MLKP heißt es dazu:

„Wir rufen auf: bildet Solidaritätskomitees, organisiert Veranstaltungen, Demonstrationen, Besetzungen und Streiks an den Arbeitsplätzen, den Universitäten und Schulen, auf den Straßen und Plätzen.

Wir rufen auf: sammelt Geld- und Materialspenden, schafft Öffentlichkeit; diskutiert und informiert über die aktuelle Situation.

Wir rufen auf: beteiligt euch aktiv am Kampf der Völker des Mittleren Ostens, verteidigt das revolutionäre Rojava durch eure Beteiligung an den Internationalen Brigaden!“³

Diesem Aufruf der MLKP folgten zeitnah nicht nur „Kämpfer“ aus der Türkei, sondern auch Freiwillige aus Deutschland. Am 10. Juni 2015 gründete die MLKP in „Rojava“ gemeinsam mit der TIKKO das „Internationalistische Freiheitsbataillon“ zur Unterstützung der kurdischen Kämpfer. Diesem Bataillon gehören diverse ausländische Staatsangehörige an, die sich am bewaffneten Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS) zur Verteidigung der Revolution in „Rojava“ beteiligen.

Mitglied des Bataillons war auch eine deutsche YS-Angehörige. Sie kam am 7. März 2015 im Alter von 19 Jahren bei Gefechten gegen den IS in Nordsyrien ums Leben. Als Aktivistin der MLKP hatte sie auf Seiten der PKK-nahen kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) beziehungsweise „Volksverteidigungseinheiten der Frauen“ (YPJ) in Nordsyrien gegen den IS gekämpft. Seither wird sie innerhalb der MLKP und insbesondere durch YS-Anhänger als „Märtyrerin“ verehrt.

4.5 Ausblick

Die Ideologie der Partei ist eindeutig auf einen gewaltsamen Umsturz in der Türkei ausgerichtet. Zu diesem Zweck werden auf türkischem Boden nach wie vor Anschläge durchgeführt.

Infolge der ideologischen und finanziellen Unterstützung der Partei in der Türkei müssen sich auch die in Deutschland tätigen Kader der MLKP deren Agenda zurechnen lassen. Aufrufe zur Anwendung von Gewalt oder gar die Durchführung von Gewaltaktionen in Deutschland sind bislang nicht bekannt geworden. Ebenso liegen bislang keine Anhaltspunkte dafür vor, dass sich diese Praxis in naher Zukunft ändern wird. Vielmehr wird Deutschland auch künftig als Aktionsraum für Propagandaaktivitäten, zur Sammlung von Spendengeldern sowie zur Rekrutierung von Kämpfern relevant bleiben.

5 Fazit

Gemeinsamkeiten der hier vorgestellten türkischen linksextremistischen Organisationen sind allenfalls bei den Themenfeldern erkennbar: das Verhalten der türkischen Regierung in der kurdischen Frage, der Kampf gegen den IS in Syrien, Sozialpolitik und Ausländerrechte in Deutschland. Die Organisationen verleihen ihrer Kritik durch unterschiedlich geartete Aktionen Ausdruck. Jede Gruppierung stellt in diesem Kontext ihre eigenen Ideen und Forderungen auf Flugblättern und Websites zur Schau. Seit Jahren sind Kontakte zwischen der türkischen linksextremistischen Szene und dem vielfältigen Spektrum deutscher Linksextremisten feststellbar – etwa im Rahmen gemeinsamer Aktionen und Demonstrationen.

Die aktuelle Bedeutung der linksextremistischen türkischen Organisationen fällt, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der sicherheitspolitischen Relevanz, durchaus unterschiedlich aus: Die zumindest bis Anfang 1998 auch in Deutschland im Bereich der Gewaltaktionen und sonstigen Straftaten dominierende – und daher im August 1998 verbotene – DHKP-C hat ihre militanten Aktivitäten im Bundesgebiet eingestellt. Gleichwohl weist die Organisation in ihrer „Gewaltverzichtserklärung für Europa“ aus dem Jahr 1999 darauf hin, dass sie die Türkei noch immer als Operationsgebiet für den „revolutionären Kampf“ ansieht. Die zahlreichen in den letzten Jahren dort verübten Anschläge bestätigen dies. Das Potenzial an Führungskräften, Aktivisten und Sympathisanten in ihrem Umfeld ist allerdings kontinuierlich zurückgegangen: Von den hierzulande etwa 1.100 Anhängern im Verbotsjahr 1998 verblieben im Jahr 2016 noch etwa 650. Die Gefährlichkeit der DHKP-C und ihre Fähigkeit zur Durchführung von Sprengstoffanschlägen in der Türkei bleiben aber unverändert bestehen.

Im Bereich der linksextremistischen türkischen Organisationen fallen darüber hinaus die beiden Fraktionen der TKP/ML – der „Partizan“-Flügel und die MKP – sowie die MLKP wegen

ihrer noch relativ großen Anhängerschaft ins Auge: „Partizan“ mit etwa 800, die MKP mit etwa 500 und die MLKP mit etwa 600 Anhängern verfügen über eine annähernd vergleichbare Größenordnung wie die DHKP-C. Allerdings haben diese Gruppierungen weder hierzulande vergleichbare Gewalttaten noch im Heimatland Türkei ähnlich schwerwiegende terroristische Aktionen wie die DHKP-C verübt. Sie betonen jedoch gleichermaßen bis heute die Notwendigkeit des „revolutionären Kampfes“ in der Türkei und bekennen sich gelegentlich zu dort verübten Anschlägen, welche jedoch zumeist nur Sachschäden verursachen. Während sie sich in Deutschland auf gewaltfreie Agitation und Solidaritätsbekundungen für ihre Gesinnungsgenossen in der Türkei beschränken, stellen diese Organisationen für die Sicherheitslage auf dem Territorium der Türkei noch immer eine Bedrohung dar.

Abkürzungsverzeichnis

ADGH	Demokratische Jugendbewegung in Europa
ADHF	Föderation der demokratischen Rechte in Deutschland e. V.
ADHK	Konföderation für demokratische Rechte in Europa
AGİF	Föderation der ArbeitsimmigrantInnen aus der Türkei in Deutschland e. V.
AKP	Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung
ATİF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.
ATİK	Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa
AvEG-KON	Konföderation der unterdrückten Immigranten in Europa
DABK	Ostanatolisches Gebietskomitee
Dev Sol	Revolutionäre Linke
DHKC	Revolutionäre Volksbefreiungsfront
DHKP	Revolutionäre Volksbefreiungspartei
DHKP-C	Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front
DKP	Deutsche Kommunistische Partei

FESK	Bewaffnete Kräfte der Armen und Unterdrückten
HBDH	Vereinte Revolutionäre Bewegung der Völker
HKO	Volksbefreiungsarmee
HPG	Volksverteidigungskräfte
IS	Islamischer Staat
KGÖ	Kommunistische Jugendorganisation
MHP	Partei der nationalistischen Bewegung
MKP	Maoistische Kommunistische Partei
MLKP	Marxistische Leninistische Kommunistische Partei
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
PHG	Partisane Volkskräfte
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
RAF	Rote Armee Fraktion
SKB	Bund Sozialistischer Frauen
SYM	Socialist Youth Movement
THKP/-C	Türkische Volksbefreiungspartei/-Front
THKP/-C- Devrimci Sol	Türkische Volksbefreiungspartei/-Front- Revolutionäre Linke

TİİKP	Revolutionäre Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei
TİKKO	Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee
TKIH	Türkische Kommunistische Arbeiterbewegung
TKP	Kommunistische Partei der Türkei
TKP/ML	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten
TKP/ML-H	Kommunistische Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistische Bewegung
TMLGB	Marxistisch-Leninistischer Jugendbund in der Türkei
YDG	Neue Demokratische Jugend
YPG	Volkverteidigungseinheiten
YPJ	Volkverteidigungseinheiten der Frauen
YS	Young Struggle



Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Verfassungsschutz
Öffentlichkeitsarbeit
Merianstraße 100
50765 Köln
oeffentlichkeitsarbeit@bfv.bund.de
www.verfassungsschutz.de
Tel.: +49(0)221/792-0
Fax: +49(0)221/792-2915

Gestaltung und Druck

Bundesamt für Verfassungsschutz
Print- und MedienCenter

Bildnachweis

© dpa
© epa-Bildfunk
© dpa – Fotoreport
© picture alliance/AP Images
© dpa
© dpa
© picture alliance/dpa-Zentralbild
© picture alliance
© BfV

Stand

Juni 2018

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwandt werden.

Tom (25) und Miriam (27)

Arbeite gemeinsam mit uns

IM AUFTRAG DER DEMOKRATIE!

Bewirb dich und komm in unser Team.

Ob Ausbildung, Studium oder Direkteinstieg –
beim Verfassungsschutz erwarten dich vielfältige Einsatzmöglichkeiten.



Scannen für Jobangebote



Bundesamt für
Verfassungsschutz

WERDE VERFASSUNGSSCHÜTZER*IN.

Mehr Informationen unter
[verfassungsschutz.de/karriere](https://www.verfassungsschutz.de/karriere)

Weitere Informationen zum Verfassungsschutz finden Sie hier:

www.verfassungsschutz.de

